



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Die zweite S-Bahn-Stammstrecke muss kommen – so schnell wie möglich!

Eine neue Bayerische Staatsregierung muss aus Fehlern lernen, unverzüglich einen verbindlichen Zeitplan vorlegen und für maximale Transparenz bei den Kosten sorgen. Kostensteigerungen dürfen nicht zulasten anderer Projekte in Bayern, insbesondere im ländlichen Raum, gehen.

Berlin, 04.10.2023

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Das notwendige Großprojekt „Stammstrecke München“ verkommt immer mehr zu einem bayerischen BER, zu einem Desaster für die Bayerische Staatsregierung. Die vom Freistaat und der Deutschen Bahn geplante zweite Stammstrecke ist die Grundvoraussetzung für wesentliche Verbesserungen im S-Bahn-System. Doch Planungsspannen und völlige Intransparenz gefährden das für die Landeshauptstadt München und die umliegenden Landkreise so wichtige Großprojekt zur Stärkung des öffentlichen Personenverkehrs.

Michael Schrodi, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Abgeordneter für den Wahlkreis Dachau-Fürstentfeldbruck, sagt dazu: „Zuletzt war die Stammstrecke sogar von der SPD auf die Tagesordnung des Haushaltsausschusses gesetzt worden, denn über die Hälfte der Kosten werden durch den Bund bezahlt. Wir wollen die Veröffentlichung eines Berichts des Obersten bayerischen Rechnungshofes, der die wahren finanziellen Zusatzkosten offenlegt. Die Bayerische Staatsregierung muss endlich für maximale Transparenz sorgen.“

Die Zuständigkeit für Planung, Organisation, Finanzierung und Umsetzung liegt allein beim Freistaat Bayern. Der Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag hat offengelegt, dass sich die Bayerische Staatsregierung mehr darauf konzentriert hat, die Probleme bei der zweiten Stammstrecke zu verheimlichen, als ihre eigentliche Kontrollfunktion als Auftraggeber wahrzunehmen. Sowohl die Bahn als auch die Staatsregierung haben das Projekt vernachlässigt, während die Kostenexplosionen und Verzögerungen ungebremst weiter voranschritten. Statt Gegensteuerungs- und Optimierungsmaßnahmen einzuleiten, blieben Verantwortlichkeiten ungeklärt und wurden chaotische Abstimmungsprozesse zwischen der Staatsregierung und der Deutschen Bahn zum Normalzustand. Verantwortlich für



das Milliardengrab, das inzwischen den Berliner Flughafen übertrifft, ist die CSU. Markus Söder als bayerischer Ministerpräsident und Andreas Scheuer als Bundesverkehrsminister haben das Projekt absichtlich schleifen lassen und damit Bayern massiv geschadet.

„Wie auch schon der Haushaltsausschuss des Bundestages fordere ich die vollständige Offenlegung des Berichts des bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH) und laufende Transparenz bei den Kosten für das weitere Projekt. Denn der Bund ist an dem Projekt mit 60 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten beteiligt. Ursprünglich waren das 1,335 Milliarden Euro. Nach der neuesten Schätzung trägt der Bund 2,7 Milliarden Euro. Ebenso müsse die Staatsregierung unverzüglich einen verbindlichen Zeitplan für die weitere Umsetzung vorlegen. Die Prüfung des Eisenbahnbundesamtes (EBA) wurde bis Ende September in Aussicht gestellt. Michael Schrodi: „Es muss alles getan werden, damit die Stammstrecke spätestens 2035 wirklich in Betrieb geht!“

Auf keinen Fall dürfen die Kostensteigerungen bei der Münchner Stammstrecke zulasten des ländlichen Raums im übrigen Bayern gehen. Eine Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln, wie sie schon im Bericht des Untersuchungsausschusses kritisiert wurde, muss ausgeschlossen werden. Das Geld darf nicht für andere Verkehrsprojekte in Bayern fehlen.